

Kurz berichtet

Wolf: Grün-rote Förderung für Bio-Bauern ist „unfair“

FELLBACH (Isw) - CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf (CDU, Foto: Rasmann) hat die Förderung der grün-roten Landesregierung für Öko-Betriebe als unfair kritisiert. „Es kann nicht sein, dass 90 Prozent der Bauern, die konventionelle Landwirtschaft betreiben, benachteiligt werden“, sagte der CDU-Fraktionschef am Donnerstag in Fellbach (Rems-Murr-Kreis). Er forderte bei der Mitgliederversammlung des Landesbauernverbandes eine faire Förderung für alle Bauern im Südwesten. Agrarminister Alexander Bonde (Grüne) kontierte vor rund 300 Zuhörern: „Wir wollen, dass unsere Landwirte vom anhaltenden Bio-Boom profitieren.“



Unterstützung der konventionellen Betriebe gebe es ein Defizit.

Bonde sagte hingegen, ein Großteil der Agrarförderprogramme sei für konventionelle Landwirte mit hohen Umweltstandards nutzbar. Der Naturschutzverband Nabu befürwortet ebenfalls die Ökologisierung der Landwirtschaft: Die attraktiven und vielfältigen Kulturlandschaften im Land könnten nur erhalten werden, wenn die Agrarförderung am Natur- und Umweltschutz ausgerichtet werde, teilte Nabu-Landeschef Andre Baumann mit. Der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Reusch-Frey warnte davor, dass man zurückfalle in ein Gegenüber zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft.

Seit 2012 greift der Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ Bauern, die biologisch anbauen, finanziell unter die Arme. 2014 lag laut Bonde der Anteil der Öko-Anbauflächen an der gesamten Landwirtschaft im Südwesten bei 8,8 Prozent, in diesem Jahr würden es voraussichtlich 9,5 bis 10 Prozent.

Oberschwabenkaserne soll Heim für Flüchtlinge werden

HOHENTENGEN (sz) - In die ehemalige Oberschwabenkaserne in Hohentengen könnten bald bis zu 200 Asylbewerber einziehen. Der Landkreis Sigmaringen möchte dafür ein Kompaniegebäude auf dem ehemaligen Bundeswehrraum mieten. Auf dem Gelände wird gerade ein „Europäischer Erlebnis- und Gewerbepark für Erneuerbare Energien“ (Ehoc4) geplant. „Wir müssen gemeinsam zu der sozialen Verantwortung für die Flüchtlinge stehen, aber gleichzeitig darf die Realisierung des Ehoc4-Projekts nicht gefährdet werden“, sagt der Geschäftsführer des Gewerbeparks, Jürgen Gaugel. Er will die Entscheidung in enger Abstimmung mit der Gemeinde Hohentengen fällen.

Syrienkämpfer aus Singen: Zweifel an Todesmeldung

SINGEN (Isw/sz) - Der Islamist Valdet Gashi aus Singen (Landkreis Konstanz) ist entgegen früherer Berichte womöglich doch noch am Leben. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ habe einen deutschen Ex-Kickbox-Weltmeister gefangen genommen, der sich in Nordsyrien aus den Reihen der Extremisten absetzen wollte, berichtete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Donnerstag. Es gebe widersprüchliche Angaben darüber, ob Valdet Gashi getötet worden oder noch am Leben sei. Die „Schwäbische Zeitung“ hatte in der Donnerstagsausgabe berichtet, der 29-Jährige sei in Syrien ums Leben gekommen. Dies hatte Gashis jüngerer Bruder über das soziale Netzwerk Facebook mitgeteilt.

Krankengesetz erntet Widerspruch im Südwesten

STUTTGART (epd) - Der neue gültige Vorsitzende der Baden-Württembergischen Krankenhausesgesellschaft (BWKG), der Heilbronner Landrat Detlef Piepenburg, hat die auf Bundesebene geplante Krankenhausreform scharf kritisiert. Sie würde die Kliniken im Südwesten jährlich 125 Millionen Euro kosten und wäre „ein Personal Kürzungsgesetz“, sagte Piepenburg am Donnerstag nach Angaben der BWKG. Auch Landesgesundheitsministerin Katrin Altpeter (SPD) forderte Korrekturen an dem Gesetzentwurf. Wenn er wie geplant umgesetzt werde, drohe weiterer Personalabbau an Kliniken, warnte die Ministerin.

Leute



Verena Bentele (33, Foto: Angelika Banzhaf), Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, hat zum zweiten Mal die Schirmherrschaft für die „Geschwisterzeit“ übernommen. Bei der Aktion stehen Geschwister von chronisch kranken oder behinderten Kindern im Mittelpunkt. Zu den Kooperationspartnern gehört das Ravensburger Spieleland in Meckenbeuren (Bodenseekreis). Dort sind am 20. September Familien eingeladen, in denen ein Kind mit schwerer Erkrankung oder Behinderung und Geschwisterkinder leben. Geschwister-Kinder müssten für ihre behinderten Brüder und Schwestern stets Verantwortung übernehmen, sagte Bentele. Am Geschwistertag könnten alle gemeinsam einen fröhlichen Tag erleben. (ab)

Landesfamilienrat fordert mehr Bildungsangebote

STUTTGART (epd) - Familien brauchen nach Ansicht des Landesfamilienrats verlässliche und erschwingliche Bildungsangebote für alle möglichen Lebenslagen. Der Vorsitzende Jürgen Rollin forderte dafür am Donnerstag zum Auftakt des ersten Kongresses „Familienbildung. Alle gewinnen“ mehr Geld von der öffentlichen Hand.



Baden-Württemberg wirbt mit „Heimat, Hightech und Highspeed“

Bayerns „Laptop und Lederhosen“ war gestern. Nun lockt Baden-Württemberg mit „Heimat, Hightech und Highspeed“. Bei der 52. Stallwächterparty der Landesvertretung in Berlin warb Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) vor 1500 Gästen am Donnerstagabend dafür, die „Chancen der Digitalisierung konsequent zu nutzen“. Das letzte gro-

ße Politfest vor der Sommerpause stand unter dem Motto „GlobalDigital - Stallwächterparty 4.0.“. Neben Landespolitikern wie Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD) und CDU-Fraktionschef Guido Wolf begrüßte Kretschmann Gäste aus der EU und dem Bund, unter anderem EU-Digitalkommissar Günther Oettinger (Foto stehend links, mit Minister-

präsident Kretschmann), Kanzleramtsminister Peter Altmaier (beide CDU) und Grünen-Chef Cem Özdemir. Die Party, bei der sich viele Firmen aus dem Südwesten präsentierten, soll etwa 240 000 Euro kosten. Ein Großteil der Kosten wird von Sponsoren getragen, so steuert der Internetkonzern Google 30 000 Euro bei. (klw) FOTO: FRANK OSSENBRINK

Azubis können bald günstiger wohnen

Unterkünfte bei Blockunterricht: Land und Betriebe verhandeln wegen höherer Zuschüsse

Von Klaus Wieschemeyer

STUTTGART - Auszubildende in seltenen Lehrberufen haben in Baden-Württemberg oft ein Problem: Mühen sie für den Berufsschul-Blockunterricht auswärts schlafen, schießt das Land bisher nur sechs Euro pro Nacht hinzu. Springt der Ausbildungsbetrieb nicht freiwillig ein, bleiben einige der 12 500 Blockschüler im Land auf dem Großteil der Übernachtungskosten sitzen. Bei den Tagessätzen in den 72 Jugendwohnheimrichtungen von meist weit über 30 Euro können die Ausgaben schnell in die Tausende gehen.

Das dürfte sich bald ändern: Noch vor der Landtagswahl im kommenden März will die grün-rote Landesregierung den Zuschuss erhöhen. Damit würde sie ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag von 2011 einlösen - und wohl auch einer juristischen Niederlage zuvorkommen.

Ein angeheerter Landschaftsbauer hatte gegen die Praxis des Landes geklagt und im Juli 2014 vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht Recht bekommen. Die Richter sahen den Azubi wegen der hohen Kosten in der freien Berufswahl eingeschränkt, die Festsetzung auf sechs Euro sei „nicht ansatzweise ersicht-lich“.

Das Gericht verwies auf Bayern: Bei dortigen Blockschülern trägt der Freistaat vier Fünftel der Unterbringungs- und Verpflegungskosten. Damit bleiben nur etwa sechs Euro am Azubi hängen: Das erschien dem Gericht als „angemessen“.

Kosten in Millionenhöhe

Doch das beklagte Kultusministerium ging in Revision: Jetzt liegt das Ganze beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Nachdem das Ministerium zunächst dessen Urteil abwarten wollte, kündigte ein Sprecher

nun aber „konstruktive Gespräche“ über eine Einigung an. Das könnte teuer werden: Schon jetzt kostet das Jugendwohnen das Haus direkt 5,2 Millionen Euro, außerdem schießt das Land 1,3 Millionen an die Wohnheimbetreiber zu. Eine Entscheidung würde diese Summe auf jeden Fall erhöhen.

Land sieht Betriebe in der Pflicht

Die Landesregierung habe für die Zeit nach der Sommerpause neue Gespräche in Aussicht gestellt, bestätigt Stefan Baron vom baden-württembergischen Handwerkstag (BWHHT). Denn das Land will auch die Betriebe in die Pflicht nehmen. Die Regierung setzte bisher auf eine Dreiteilung: Jeweils ein Drittel sollte Land, Azubi und Ausbildungsbetrieb beisteuern. Für Baron ist das nicht haltbar: „Unsere Betriebe übernehmen bei vielen Auszubildenden schon deren Anteil. Damit

wären wir ja praktisch bei zwei Drittel/ein Drittel“.

Die Regierungsfaktionen halten dagegen: „Die Betriebe müssen ihren Beitrag leisten“, betont der Konstanzer Grünen-Abgeordnete Siegfried Lehmann. Am 25. April hatten die Fraktionen von SPD und Grünen Europa angehört. Dabei war klar geworden, dass die Innungen sehr unterschiedlich mit dem Thema umgehen: Manches Gewerk übernimmt die Unterbringung komplett, andere Branchen nichts. Und auch auf Landesebene ist es kompliziert, da für die duale Ausbildung sowohl Kultus- (Schule) als auch Wirtschaftsministerium (Betrieb) zuständig sind.

Doch Lehmann gibt sich zuversichtlich. Er gehe davon aus, „dass wir eine Lösung mit der Wirtschaft hinkommen“. Da er dem nächsten Landtag nicht mehr angehört, bleibt Lehmann nur noch die Umsetzung bis März.

Gesetze aus einer anderen Welt

Landgericht Rottweil zeigt der Germaniten-Bewegung die Grenzen auf

Von A. Lother Häring und Ulrich Mendelin

ROTTWEIL - Sie nennen sich wohlweise Germaniten oder Reichsbürger, vertreten den Standpunkt, die Bundesrepublik sei kein rechtmäßiger Staat und wollen deshalb einen Staat im Staat einrichten. Danach leben sie und lehnen jegliche staatlichen Autoritäten und Vorschriften ab: Regierungen, Behörden, Gerichte, Polizisten, Gesetze. Wozu das führen kann, hat jetzt ein in dieser Form bisher einmaliger Fall vor dem Landgericht Rottweil gezeigt.

Es ging um einen Anhänger der Germaniten, der - gemäß seiner Ideologie - in Horb ein Verkehrsschild missachtet hatte und eine Einbahnstraße in entgegengesetzter Richtung befuhr. Als ihm der Stadtschiff einen Strafzettel präsentierte, kam es zu Handgreiflichkeiten, die erst drei herbeigerufene Polizisten beenden konnten. Auch die vom Horber Amtsgericht verordnete Geldstrafe von 2025 Euro wegen Widerstandes gegen Vollzugsbeamte und vorsätzlicher Körperverletzung akzeptierte der aus Schwäbisch Hall stammende Mann nicht.

So kam es zur Berufungsverhandlung in Rottweil und zu bizarren Szenen: Der Angeklagte und drei seiner Gesinnungsgenossen brachten eine Stoffpuppe mit, drapierten sie vor dem Gerichtssaal und erklärten sie per Schild zur „juristischen Person“.



Germaniten betrachten sich als Angehörige eines unabhängigen Staates. FOTO: ARCHIV

Mit der, so erklärte der Beschuldigte, habe er nichts zu tun. Er zweifelte die Kompetenz von Richter Wolfgang Heuer an, überhaupt Recht sprechen zu dürfen und fordert ihn auf, sich erst einmal auszuweisen. Heuer ließ sich auf keinerlei Diskussionen ein und machte kurzen Prozess: Der Angeklagte sei zwar körperlich anwesend, gab er zu Protokoll, weigere sich aber an der Verhandlung teilzunehmen. Das bedeute juristisch, dass er überhaupt nicht erschienen oder unentschuldig ferngeblieben sei. Das habe die Konsequenz, dass die Berufung abgewiesen werden müsse. Damit schloss der Richter die Verhandlung noch bevor die Staatsanwältin die Anklage verlesen konnte.

Die Germaniten und ihre Ideologie

Gegründet wurde der „freie und unabhängige Staat Germaniten“ im Dezember 2010 von einer Frau, die sich als Justizopfer fühlte. Weitere Mitglieder traten aus ähnlichen Gründen ein. Zeitweise war die „Botschaft“ des Pseudo-Staates in Westerheim (Alb-Donau-Kreis) angesiedelt. Für Germaniten ist Deutschland kein vollwertiger Staat, und sie bilden „provisorische Reichsregierungen“. Für sie besteht das Land in den Grenzen von 1937

fort. Gegen den Vorwurf, am rechten Rand zu agieren, wehren sie sich trotzdem. Die Germaniten beharren darauf, ein Staat zu sein und geben eigene Papiere wie Führerscheine oder auch eigene Kennzeichen für Autos heraus. Auch verschicken sie flächen-deckend Briefe „auf besondere Anordnung der Reichsregierung und des Reichsgerichts“ an Schulen. Zudem sollen kostenpflichtige „Diplomatenkurse“ angeboten worden sein. (här)

in einem weiteren Fall in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) mussten Polizisten 2012 einen wegen Beleidigung angeklagten Germaniten gewaltsam in den Gerichtssaal bringen. Der Mann gab zu Protokoll, dass er das Gericht nicht anerkenne. Zu einer Geldstrafe verurteilt wurde er trotzdem. Und in Neu-Ulm musste sich 2013 eine Frau wegen Betrug verantworten, weil sie germanitische Führerscheine ausgestellt hatte - gegen Gebühr, versteht sich.

Schon mehrere Prozesse

Der Angeklagte in Rottweil war nicht der erste Germanite, der sich vor einem deutschen Gericht verantworten musste: Im Februar 2014 wurde der Mitbegründer Germanitens in

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Wochentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Lauchheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Metklich, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Sad Saalgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Ultingen, Ulm, Sad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Henrich Groth (verantwortlich) Stellv. Chefredakteur: Ulrich Mikule, Christoph Platte Mitglied der Chefredaktion: Andreas Müller Politik: Christoph Platte (stv.), Claudia Klingl, Wirtschaft/Leiter Digitalis: Stefan Ränge (Wirtschaft stv.), Tanja Schulzbaun, Online: Yarek Dilliger, Gestaltung: Mark Hildebrandt, Seite Drei: Klaus Nachbar, Journal: Katja Korf, Kultur: Barbara Miller, Sport: Jochen Schöner, Beilagen/Wochenende: Dirk Ulmer, ab 8012 Ravensburg, Karlsruhe 16 Redaktion Stuttgart: Herbert Beck, Klaus Wieschemeyer Redaktion Berlin: Sabine Lemnitz Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaud

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gestler Katzenröte 16, 88072 Ravensburg Telefon 07141 / 2955-0, Telefax 07141 / 2955-991499 Anzeigen Telefon 07141 / 2955-99139 Geschäftsführer: Dr. Kurt Sablotzki

Verlagsdirektor

Michael Meyer-Böhm Verantwortlich für Anzeigen: Bernhard Höler Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann Zeitungsredaktion: Klaus Zöllner Chef vom Dienst: Bernd Schöberl Für Anzeigen und Beilagen die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 67 vom 1.1.2015. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaleditionen und die lokalen Anzeigenblätter verantwortlich. Für unersetzte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 07141 / 29 55 555 Telefax: 07141 / 29 55 556 E-Mail: abservice@schwaebische.de E-Mail: redaktion@schwaebische.de

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm